



Nr. 100. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenkert.

Sonnabend, den 28. Februar 1874.

## Deutschland.

Berlin, 27. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Majoratsbesitzer v. Frankenberg-Lützow auf Bielwiese im Kreise Steinau, dem Superintendenten und Kreis-Schulen-Inspecteur Wandel zu Brüderow im Kreis: Mühlitz, dem Commercierrath August Zeitze zu Stettin und dem Ober-Post-Commissionarius Gekhardt zu Koblenz den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Pfarrer Dr. Gloöl zu Osterweddingen im Kreise Wanzeben den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse und dem Ballettmeister a. D. Gasperini zu Berlin den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Vorsteher der provinzialständischen Taubstummen-Anstalt zu Schneidemühl, Gottsch, zum Taubstummen-Anstalts-Director ernannt; und den zeitigen ersten Bürgermeister der Stadt Cottbus, Ober-Bürgermeister Jahr, in diesem Amt, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, für eine fernere weite zwölffürige Amtsduer bestätigt.

Dem Notar Werner in Colmar ist die nachgeführte Erlassung aus dem Reichs-Amtshilfe ertheilt. — Dem Taubstummenanstalts-Director Gottsch ist die Direction der königlichen Taubstummenanstalt zu Königsberg i. Pr. übertragen worden. — Der bisherige Privatdozent Dr. Richard Quaecker in Breslau ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Königsberg ernannt worden.

Die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft ist zur Ausführung der generellen Vorarbeiten für die Herstellung einer Eisenbahn aus der Berlin-Lehrter Bahn bei Spandau nach Charlottenburg zum Anschluß an die projektierte Berliner Stadt-Eisenbahn resp. an die der Gesellschaft bereits concesionirte Zweigbahn nach Charlottenburg verstaatet worden. — Das dem Professor Edouard Gaud in Amiens unter dem 11. December 1872 auf die Dauer von 3 Jahren für den ganzen Umsang des preußischen Staates ertheilte Patent auf eine Compositionsalade an Jacquard-Maschinen zur Bewegung der Nadeln ohne Anwendung von Musterpappern ist aufgehoben.

Das 7. Stück des Reichs-Gesetzbuches entfällt unter Nr. 99 das Gesetz, betreffend die Gemehrung von nachträglichen Vergütungen für Kriegsleistungen der Gemeinden. Vom 23. Februar 1874.

Zu Kreisrichtern sind ernannt: Der Gerichts-Assessor Paul Ludwig Bruno Meyer bei dem Kreisgericht in Kempen, der Gerichts-Assessor Knorr bei dem Kreisgericht in Preuß-Stargard, mit der Funktion als Gerichts-Commissionarius in Dirschau; der Gerichts-Assessor Calow bei dem Kreisgericht in Cammin, mit der Funktion als Gerichts-Commissionarius in Stepenitz; der Gerichts-Assessor v. Eichstruth bei dem Kreisgericht in Cammin, der Gerichts-Assessor Bernhardi bei dem Kreisgericht in Rangsdorf und der Gerichts-Assessor Naumann bei dem Kreisgericht in Wohrden.

Berlin, 27. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen gestern Nachmittag den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck.

Herrnh nahmen Se. Majestät die Vorträge des General-Intendanten v. Hülsen, des Polizei-Präsidenten, des Handelsministers und nach der Ausfahrt des Ministers des Königlichen Hauses entgegen.

Gegen Mittag stießen Se. Majestät der auf der Rückreise von Petersburg hier eingetroffenen Prinzessin Wilhelm von Baden einen Besuch ab.

Beide kaiserliche Majestäten empfingen heute den Besuch Ihrer kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm von Baden, die aus Petersburg hier eingetroffen und im königlichen Schlosse abgestiegen ist.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Vormittag 11½ Uhr eine Deputation aus der Provinz Pommern und nahm um 12 Uhr militärische Meldungen entgegen. Um 12½ Uhr bezog sich Höchsterhöre zur Besichtigung nach der Central-Turnanstalt und von dort gegen 1½ Uhr in das Atelier des Bildhauers Franz. Von 7 Uhr ab wohnte Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit mit dem Prinzen Wilhelm, Königliche Hoheit, der Vorstellung im Schauspielhaus bei und begab sich um 9½ Uhr zur Strecke bei Ihren Majestäten. (Reichsanzeiger.)

= Berlin, 27. Februar. [Das neue Kirchengesetz. — Der Botschafterposten in Frankreich. — Das Pressegesetz. — Das Militärgegesetz.] Der mehrfach vorliegende Gesetzentwurf bezüglich Ausweitung und Internierung der renitenten Bischöfe ist jetzt dem Bundesrat vorgelegt worden; er führt den Titel: „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die aus dem Amt entlassenen oder wegen unbefugter Vornahme von Amtshandlungen bestraften Kirchendiener“ und umfaßt 3 Paragraphen. Sie lauten: „§ 1. Kirchendiener welche durch gerichtliches Urtheil aus ihrem Amt entlassen worden sind, können ihre Staatsangehörigkeit durch einen Beschuß der Centralbehörde ihres Heimathstaates verlustig erklärt werden. So lange ein solcher Beschuß nicht ergangen ist, kann ihnen durch Verfügung der Landespolizeibehörde der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt, oder angewiesen werden. — § 2. Die Vorschriften des § 1 über den Verlust der Staatsangehörigkeit und die Beschränkung des Aufenthalts finden ferner auf diejenigen Kirchendiener Anwendung, welche wegen Vornahme von Amtshandlungen in einem Amt, das den Vorschriften der Staatsgesetze zufolge ihnen übertragen, oder von ihnen übernommen ist, rechtskräftig zu Strafe verurtheilt sind. Die Landespolizeibehörde ist schon nach Eröffnung der gerichtlichen Untersuchung befugt, dem angeklagten Kirchendiener bis zur rechtskräftigen Beendigung der Untersuchung den Aufenthalt in bestimmten Bezirken zu versagen oder anzusiedeln. — § 3. Kirchendiener, welche nach den Vorschriften dieses Gesetzes ihrer Staatsangehörigkeit verlustig erklärt worden sind, können ohne Genehmigung des Bundesrats in keinem andern Bundesstaate die Staatsangehörigkeit erwerben. Auch darf denselben ohne eine gleiche Genehmigung der Aufenthalt in einem andern Bundesstaate nicht gestattet werden, wenn ihnen in ihrem früheren Heimathstaate der Aufenthalt versagt wird.“

Die Motive lehnen an den Erlass der Preußischen Kirchengesetze zur Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staate und den öffentlich anerkannten Kirchen an; sie betonen, wie diese Gesetze, welche sich in ihren Grundsätzen der ähnlichen Gesetzgebung der meisten europäischen, insbesondere der vorwiegend katholischen Staaten, namentlich auch den beispielhaften Gesetzen Bayerns, Badens und Württembergs anschließen, einen heftigen Widerstand der römisch-katholischen Bischöfe und des von ihnen abhängige Clerus hervorgerufen haben, welcher je länger desto mehr sich zu einer offenen Ablehnung gegen die Gesetze und Ordnungen des Staates gesteigert hat.“ Es wird auf die Einleitung des Verfahrens behufs Amtsenthebung eines Prälaten hingewiesen und ausgeschlossen, daß man überzeugt sei, die Landesgesetze reichen nicht aus, um den Ungehorsam der Bischöfe zu belegen. Der Kampf gegen die Gesetze des Staates seitens des katholischen Clerus nicht nur in Preußen, sondern in verschiedenen Staaten dieses und jenseits des Oceans habe darin seinen Grund, „daß man unter falscher Anwendung des Schriftwortes: „Man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen“ für die römische Kirche und deren Gläser in Anspruch nimmt, den Staatsgesetzen nur in so weit gehorsam zu sein, als die

Kirche, d. h. die römische Curie, das gutheizt.“ Deshalb müsse man die Opposition in ihrem innersten Wesen treffen, das werde geschehen, „wenn demjenigen, der in beabsichtigter und hartnäckiger Weise den Gesetzen des Staates den schuldigen Gehorsam veragt und sich somit als ein Verächter des Gesetzes bekennt, auch der Schutz der Gesetze entzogen und er aus der Staatsgenossenschaft, deren stiftliche und rechtliche Fundamente er angreift, ausgeschlossen wird.“ Frankreich und die Schweiz hätten für solche Vergehen die Strafe der Verbannung, welche dem jeweiligen deutschen Strafrecht fremd sei; derselbe Zweck lasse sich jedoch durch Entziehung der Reichs- und Staats-Angehörigkeit erreichen; da dies durch die Landesgesetzgebung nicht geschehen könne, und das Reichsgesetz über das Indigenat einen derartigen Fall nicht vorgesehen habe, so kann eine Ergänzung des Reichsgesetzes nach dieser Richtung hin nur durch die Reichsgesetzgebung erfolgen. „Ein Einschreiten der Reichsgesetzgebung erscheint aber um so mehr begründet, als die feindliche Haltung des römischen Episkopats die Grundlage jeder staatlichen Ordnung nicht nur der einzelnen Bundesstaaten, sondern auch des Reiches in Frage stellt.“ Schließlich wird nachgewiesen, daß und weshalb auch für die eventuelle Internierung renitenter Geistlicher die Reichsgesetzgebung entscheiden müßt. Der Entwurf wird dem Bundesrat in seiner nächsten Plenarsitzung vorgelegt werden. — Ein älteres zu wiederholten Malen aufgetauchtes Gericht wird sich jetzt bewahrheiten. Der deutsche Botschafter in Paris, Graf Harry von Arnim, wird in der nächsten Zeit von seinem Posten zurücktreten. Als Nachfolger wird ernannt der Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, früher bayerischer Ministerpräsident, Mitglied und erster Vicepräsident des Reichstages. Die amtliche Ernennung wird, wie die des jetzigen Botschafters zu London, Grafen zu Münster, erst nach dem Reichstagsschluß publiziert werden. — Die Commission für die Gewerbeordnung-Novelle hat heute den § 108 (Einführung von Gewerbegeichten) mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. — Die Commission für das Pressegesetz hat ihre Berathungen bis § 11 fortgeführt und mit einigen Modificationen die Vorlage angenommen. Namentlich soll die Verantwortlichkeit auch von mehreren Redacteuren getragen werden können und bezüglich der Aufnahme von Berichtungen dem Redakteur zustehen, auf richtlicher Entscheidung zu recuzieren. — In der Militärgegesetz-Kommission endlich ist die allgemeine Debatte über die §§ 1—4 noch nicht zum Abschluß gebracht. Sie bewegte sich heute um die Frage einer jährlichen budgetmäßigen Vereinbarung über die Quote der dreijährig dienenden und der Maximal- und Minimal-Präfektur. Die Ultramontanen eiserten für die zweijährige Dienstzeit und gegen das Institut der Einjährigen-Freiwilligen.

3. Die Streitfrage über die Auslegung der Paragraphen 22 und 23 des Gesetzes über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen ist zum ersten Male zur Entscheidung des höchsten Gerichtshofes gekommen. Der Erzbischof Melchers war von dem Gericht 1. und 2. Instanz zu Köln wegen gesetzwidriger Anstellung eines Geistlichen verurtheilt worden, weil er die Anstellung vorgenommen hatte, ohne vorher dem Oberpräsidenten Mitteilung zu machen, und ihm hierdurch zu etwaigem Einspruch Gelegenheit zu geben. Der von ihm eingelegte Cassations-Recurz kam in der öffentlichen Sitzung vom 26. d. M. bei dem Obertribunal zur Verhandlung. Das Obertribunal hat den Recurz verworfen und in der Begründung ausgesprochen, daß die Bestimmungen der betreffenden §§ auch dann Anwendung finden, wenn ein geistlicher Oberer einem Candidaten ein geistliches Amt überträgt, ohne die vorgeschriebene Anzeige zu machen und sich zu vergewissern, daß von der Staatsbehörde ein Einspruch erhoben werde. — In derselben Sitzung wurde über den Cassations-Recurz des öffentlichen Ministeriums gegen den Neopresbyter Ratzen und mehrere andere gesetzwidrig angestellte Geistliche, welche auf Grund des § 23 des vorbereiteten Gesetzes wegen Vornahme geistlicher Amtshandlungen angeklagt waren, verhandelt und (in Gemäßheit des in der Sache wider den Erzbischof Melchers angenommenen Grundgesetzes) auf Cassation der auf Freisprechung lautenden Erkenntnisse des Landgerichts zu Bonn erkannt. (Boz. 3tg.)

— Berlin, 27. Februar. [Das neue Kirchengesetz. — Der Botschafterposten in Frankreich. — Das Pressegesetz. — Das Militärgegesetz.] Der mehrfach vorliegende Gesetzentwurf bezüglich Ausweitung und Internierung der renitenten Bischöfe ist jetzt dem Bundesrat vorgelegt worden; er führt den Titel: „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die aus dem Amt entlassenen oder wegen unbefugter Vornahme von Amtshandlungen bestraften Kirchendiener“ und umfaßt 3 Paragraphen. Sie lauten: „§ 1. Kirchendiener welche durch gerichtliches Urtheil aus ihrem Amt entlassen worden sind, können ihre Staatsangehörigkeit durch einen Beschuß der Centralbehörde ihres Heimathstaates verlustig erklärt werden. So lange ein solcher Beschuß nicht ergangen ist, kann ihnen durch Verfügung der Landespolizeibehörde der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt, oder angewiesen werden. — § 2. Die Vorschriften des § 1 über den Verlust der Staatsangehörigkeit und die Beschränkung des Aufenthalts finden ferner auf diejenigen Kirchendiener Anwendung, welche wegen Vornahme von Amtshandlungen in einem Amt, das den Vorschriften der Staatsgesetze zufolge ihnen übertragen, oder von ihnen übernommen ist, rechtskräftig zu Strafe verurtheilt sind. Die Landespolizeibehörde ist schon nach Eröffnung der gerichtlichen Untersuchung befugt, dem angeklagten Kirchendiener bis zur rechtskräftigen Beendigung der Untersuchung den Aufenthalt in bestimmten Bezirken zu versagen oder anzusiedeln. — § 3. Kirchendiener, welche nach den Vorschriften dieses Gesetzes ihrer Staatsangehörigkeit verlustig erklärt worden sind, können ohne Genehmigung des Bundesrats in keinem andern Bundesstaate die Staatsangehörigkeit erwerben. Auch darf denselben ohne eine gleiche Genehmigung der Aufenthalt in einem andern Bundesstaate nicht gestattet werden, wenn ihnen in ihrem früheren Heimathstaate der Aufenthalt versagt wird.“

Die Arbeiterschaften einige Arbeiter zu mir aus Rüdersdorf, aus dem dortigen Bergwerk. Und was erzählen sie mir? Daß dort lebenslängliche Contrakte existieren. Die Arbeiter, welche dort Häuser erbauen und zum Zwecke eines solchen Häuserbaues einen Vorschuss bekommen, wie es seit alten Zeiten üblich ist, — ne müssen sich verpflichten, ihr Leben lang dort zu bleiben, ihr Leben lang in den dortigen Gruben zu arbeiten. Das ist Thatjache.“ (Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Reichstags-Session 1874. S. 121.)

Diese Neuersetzung enthält der Wahrheit zuwiderlaufende Behauptungen.

Die Arbeiter auf den Kalksteinbrüchen bei Rüdersdorf werden auf Grund des § 8 der für diese Werke in Geltung befindlichen Arbeitsordnung vom 12. December 1863 unter Vorbehalt „einer beiden Theilen zustehenden 14-tägigen Kündigung“ angenommen. Kein Arbeiter dieser Werke steht in einem auf Lebenszeit abgeschlossenen Dienstverhältnisse.

Zur Beförderung der Anstellung der Arbeiter werden denselben von der fiscalsch-fädtischen Societät, welche die Werke betreibt, Bau-prämien von 150 Thalern, zum Theil auch neben einer solchen Prämie Baustellen von ca. 90 Quadratruthen und das erforderliche Baumaterial (Kalksteine und Kalk) unentgeltlich gewährt.

Die Arbeiter haben dafür nicht die Verpflichtung zu übernehmen, das Dienstverhältniß auf den fraglichen Werken für eine bestimmte Zeitdauer oder gar auf Lebenszeit fortzuführen. Sie haben vielmehr lediglich dazu sich vertragsmäßig zu verpflichten, bei Vermeidung der Rückforderung der gewährten Bauprämie beziehungsweise des abgetretenen Bauplatzes, das zu erbauende Haus innerhalb einer Periode von 10 Jahren nur mit Genehmigung der Werksverwaltung an Andere als Bergarbeiter zu vermieten, und für den Fall der Veräußerung der gedachten Societät ein Vorkaufsrecht einzuräumen.

[Der Präsident des deutschen Reichstages, Herr von Forckenbeck,] hat seine ihm hier überwiesene Amtswohnung nun mehr bezogen. Dieselbe besteht aus einem Salon, acht Zimmern nebst Zubehör und ist comfortabel bis in die kleinsten Details eingerichtet

worden. Man geht nun damit um, für denselben beim deutschen Reichstage Repräsentanten zu bringen, um ihn in den Stand zu setzen in seiner Wohnung standesgemäß die politischen Capacitäten zu empfangen.

Posen, 27. Februar. [Der Landrat in Pleschen] hatte s. z. die Parochianen in Gerekwica durch ein amtliches Schreiben benachrichtigt, daß sämtliche von dem daselbst gesetzwidrig angestellten Vicar Hermannowski vorgenommenen Amtshandlungen ungültig sind. Gegen diese Erklärung hatten die Parochianen einen fulminanten Protest erlassen und denselben dem Landrat überwandt. In Folge dessen ist Seitens des Landratsamts eine Untersuchung gegen die Unterzeichner eingeleitet worden, da die Vermuthung nahe lag, daß der oder die Verfasser dieses Actenstückes wo anders zu suchen sind, als in den Reihen der ungebildeten Bauern. Die Untersuchung hat jedoch bis jetzt zu keinem Resultat geführt, da, wie der „Kurier Poznański“ mittheilt, die Unterzeichner erklärt haben, daß sie mit vollständiger Kenntnis des Inhalts den von einem der Thriegen verfaßten Protest unterschrieben haben. (Pos. 3.)

Gnesen, 26. Februar. [Gerichtliches.] In der heutigen Sitzung der Criminal-Abteilung des hiesigen Königlichen Kreisgerichts kamen abermals mehrere Untersuchungen gegen katholische Geistliche wegen Verleumdung des Gesetzes vom 11. Mai 1873 zur Verhandlung. Den Reigen eröffnete der Domherr und Official Wojciechowski. Derselbe war nicht erschienen und wurde beschlossen, ihn zu einem neuen Termin zwangsweise durch den Executor vorführen zu lassen. Wojciechowski ist übrigens wegen Verleumdung des genannten Gesetzes schon einmal vom hiesigen Gericht bestraft worden. Die zur Beitrreibung der Geldstrafe in seiner Wohnung erschienen Executoren fanden das Haus bis auf wenige Mobiliens und etwa 100 Flaschen Wein geräumt. Letztere sind verkauft, haben jedoch die Strafsumme nicht gedeckt, da ihr Inhalt sehr bedenklicher Qualität gewesen sein soll. Nach Wojciechowski wurde die Sache wider den Vicar Lewicki verhandelt. Derselbe gehört zu denjenigen Seminaristen, welche der Erzbischof bei seiner letzten Anwesenheit in Gnesen geweitet und mit souveräner Beratung der Staatsgesetze sofort in die Diözese versetzt hatte. Lewicki war bereits einmal von hiesigen Gerichten wegen ungesehelter Amtiritur bestraft worden, und zwar nur mit einer geringen Geldstrafe, weil seine Behauptung, daß er nach Empfang des staatlichen Verbotes, an der Pfarrkirche zu Grzybowo, wohl aber an der Pfarrkirche zu Marzenin nach, wie vor jenem Verbot amtierte. Dierhalb hatte Lewicki sich auf die heutige Anklage zu verantworten. Die tatsächlichen Ausführungen derselben wurden für erwiesen angenommen. Auf die Bedeutung, daß er bereits wegen Verleumdung des Staatsgesetzes bestraft sei, hielt es der Angeklagte für angemessen, zu antworten: „Dies ist keine Strafe, sondern eine Ehre für mich“, worauf denn allerhand der Staatsanwalt Veranlassung nahm, dem Angeklagten darauf aufmerksam zu machen, daß seine Abföhrung zum Arrest in Antrag gebracht werden würde, falls er sich vor Gericht nicht so benehme, wie es der Aufstand und die Achtung vor dem Gericht erfordert. Der Herr Vicar, der Aufstand etwas fest auftrat, wurde etwas kleiner, nachdem der Staatsanwalt eine Strafe von 100 Thlr., event. 3 Monaten Gefängnis beantragt und hervorgehoben hatte, daß Angeklagter das Gesetz geradezu verböhnt und dadurch die ihm früher zu Theil gewordene milde Beurtheilung verwirkt habe. Der Erzbischof erkannte auf 50 Thlr. Geldstrafe event. 6 Wochen Gefängnis. — Eine andere Anklagesache wider den Probst Nowakowski aus Jmielnik endigte mit Freisprechung, weil die von der Polizeibehörde zur Anzeige gebrachten Thatjachen, wie der Staatsanwalt selbst zugab, nicht nachweisbar waren.

Braunschweig, 25. Februar. [Die Finanzcommission der Landesversammlung] hat unterm 20. Februar einen Bericht wegen Errichtung eines Erinnerungs-Denkmales an den letzten Krieg mit Frankreich erstattet; sie kommt dabei zu dem Antrage, die Landesversammlung wolle die Gesamtkosten von 38,500 Thlr. dem herzoglichen Staatsministerium zu jenem Zwecke zur Disposition stellen und zwar von dem Anttheile des Herzogthums an der französischen Kriegsentschädigung.

Coblenz, 24. Februar. [Der gesperrte Pfarrer Wehn] von Niederberg hat gestern seine vierzehntägige Gefängnisstrafe abgelaufen und ist nach seiner Pfarrrei zurückgekehrt. Ein Versuch, ihn in demonstrativer Weise von Ehrenbreitstein aus nach Niederberg zu geleiten, wurde noch zeitig durch ein Verbot des Landrats vereitelt. Der Pfarrer Wehn das Gefängnis verließ, wurde ihm eine Zinschrift der Regierung zugeföhrt, worin er wiederholt aufgefordert wird, die lateinische Ausfertigung der Kirchenbücher und das Kirchensiegel der Gemeinde Niederberg bis heute Nachmittag 2 Uhr an den Landrat auszuliefern, widrigenfalls ihn eine fernere Gefängnisstrafe von 14 Tagen droht, die sofort vollstreckt werden würde. Pfarrer Wehn wird indefs, wie es heißt, in seinem Widerstande beharren und dürfte also baldigst seine Gefängnis-Zelle wieder beziehen. Man trifft hier überhaupt keinen Gefängnis-Zelle wieder beziehen. Man trifft hier überhaupt keinen Gefängnis-Zelle wieder beziehen. Man trifft hier überhaupt keinen Gefängnis-Zelle wieder beziehen.

Regensburg, 24. Febr. [Wie der hiesige Bischof wählen ging.] Durch eine Prozeßverhandlung hat man nachträglich erfahren, wie der hiesige Bischof am 10. Januar wählen ging. Bischof Ignaz, schreibt man dem St. Corr., trat im vollen Pomp, umgürtet mit dem ganzen Stolze seiner Würde, und außerdem mit seinem Dienergesetz in Livree vor die Wahlurne, um seinen Zettel abzugeben. Wie gesetzlich vorgeschrieben, fragte ihn der Wahlcommisar, Herr Nicolaus Abmannino, um Namen und Stand, was den Herrn Bischof zu der stolzen Antwort: „Mich kennt die Welt; ich bin der Bischof Ignaz von Senestrey“ veranlaßte. Dieser Vorgang nun veranlaßt das „Kirchenreuter-Wochenblatt“ zu einigen Ausfällen und bemerkte u. A.: „Vor Allem sei gebrandmarkt das böhmisches Benehmen eines Romano gegenüber dem Hochw. Herrn Bischof im Wahlkolle.“ Der Beleidigte sandt sich veranlaßt, bezüglich dessen Klage gegen den Redakteur des genannten Blätters zu stellen und wurde dieser der Beleidigung eines Beamten für schuldig erkannt und zu 10 Thaler Strafe sowie in die Kosten verurteilt.

München, 27. Febr. [

die Drohung ihres Ausstoss aus der lutherischen Kirche sogar zu dem Versuche bewegen ließ, die von Löhe verlangte Ehrenbeichte der ganzen protestantischen Kirche in Bayern aufzuwohren. Der Versuch schiede damals nur an dem einhelligen Widerstande der übrigen Gemeinden. Gleichwohl blieb Harles unbegreiflicher Wels das Haupt der Kirche und ist es heute noch. Unter seiner Regie ist denn auch das Unwesen der Kirche in Neudettsbau fortgewachsen und wuchert heute noch ebenso wie die Harles'schen Grundsätze, deren erster neuerlich die Feindseligkeit gegen alle Schulreformen ist. Löhe's Nachfolger nun, Pfarrer Weber, ist in eine Entfernungsgeschichte zweier minderjähriger Jungenmädchen auf's Tiefste verwickelet. Ein junger Jude, Perez aus Odesa, trat nämlich in Neudettsbau zum Protestantismus über und beschloß, seinen Schwestern das gleiche Heil aufzuzwingen. Er entführte sie daher gewaltsam ebenfalls nach Neudettsbau. Der „Fränkische Courier“ führt nun die Bekämpfungs-Geschichte unter dem Datum Nürnberg weiter wie folgt:

„Mit den beiden freunden und verschüchterten Kindern wurde so gut experimentiert — die Herren verstecken ja ihr Handwerk ganz vorzüglich — daß Maria, die ältere, schon nach kurzer Zeit getauft werden konnte. Natürlich war großer Jubel in Neudettsbau über diese gerettete Judenjelle, und an die arme Mutter, die sich im fernen Russland um die gestohlenen Kinder hämmerte, dachte Niemand. War's doch nur eine Jüdin! Auch Dutcha's Seele war so weit zubereitet, daß ihre Taufe täglich bevorstand, da besonders Doctor Meyer, der vielleicht eine dunkle Übung treiben möchte, auf Beschleunigung drang. Inzwischen hatte die Mutter der Kinder den Aufenthaltsort der letzteren doch erfahren, und in ihrem Auftrage wandte sich Dr. Schwabacher in Odesa an Herrn Dr. Levin, der sich sofort in Begleitung eines israelitischen Kaufmanns nach Neudettsbau versetzte, um die nötigen Schritte zu thun. Die dortigen Amtsvorstände sahen nach Einsicht der ihnen vorgelegten Papiere sofort ein, daß an ein weiteres Zurückholen der Kinder nicht zu denken sei. Herr Dr. Levin ist zurückgekehrt und hat die Opfer der schämlichen Seelenentfernung bei sich. In welchem Zustande sich die jungen Mädchen befinden, läßt sich leicht denken. Während in Dutcha die Liebe zur Mutter langsam wieder erwacht und die Neudettsauer Eindrücke bald verdrängen wird, lebt und webt Maria vollkommen in jenen mystischen Anschauungen, die man ihr beigebracht, und mit denen man sie bis zur Willenslosigkeit beherrscht hat. Sie betet, liest im neuen Testamente und seufzt nach ihrem „Seelenbräutigam“ Jesus Christus!“

### D e s t r e i c h .

Wien, 27. Februar. [Reichshypothen-Amt.] In der heutigen Sitzung des Reichsraths, in welcher auch der Minister für Landes-Verteidigung den Militär-Pensions-Gesetzentwurf vorlegte, wurde der Gesetzentwurf über Errichtung eines Reichshypothenamtes abgelehnt.

### S ch w e i z .

Aus der Schweiz, 24. Febr. [Zur Braunschweiger Erbschaft.] — Theologische Facultät in Bern. — Schlinke + Erdbeben.] Die Stadt Genf hat nicht nur keine Lust, irgend etwas von Dem herauszugeben, was sie in dem braunschweigischen Nachlaß vorgefunden, wie es z. B. von der berühmten Onyx-Vase hieß, sondern sie beansprucht auch, was etwa noch in Deutschland zu dem Privatvermögen des Erblassers gehört haben mag. Sie hat demnach den regierenden Herzog von Braunschweig auffordern lassen, am 10. März vor Civilgericht Rechnung über die Vermögensstücke des verstorbenen Herzogs abzulegen und dieselben, soweit er in deren Besitz ist, an Genf herauszugeben. — Seit 1845 strebt man in Bern nach einem Ertrag für die bestehenden Dresdner-Anstalten des katholischen Clerus durch eine Facultät für katholische Theologie. Die zur Prüfung dieser Frage vor einem halben Jahre ernannte Commission, bestehend aus den Professoren Dr. Müller, Dr. Nippold und Pfarrer Herzog, hat jetzt ihr Gutachten dahin abgegeben, daß die proscripta theologische Schule in der Form einer besonderen Facultät zu errichten und mit der Hochschule Bern zu verbinden sei. — In Bern ist Oberst Schlinke aus Schlesien, Genfer Bürger, gestorben; er kam 1848 als Flüchtling in die Schweiz und war lange General-Sekretär an der Bernischen Eisenbahn. — Am 20. d., 5 Minuten nach 7 Uhr Abends, wurden die Zürcher durch einen ziemlich kräftigen Erdstoß an die Mutter Erde erinnert.

# Zürich, 25. Februar. [Die neuste Rede Moltkes und die Miliz.] — Der Gotthardtunnel. — Der deutsche Hilfsverein. — Verein für Leichenverbrennung. — Kirchliches. — Kindmatten.] Die Veredeltheit des „großen Schweizers“ wird auch von den Schweizern gebührend beachtet, besonders in Sachen der Miliz. Die „N. Zürich. Ztg.“ äußert darüber: „Das Urtheil des berühmten Strategen über die Milizarmee lautet für uns nicht sehr töricht, darf uns aber keineswegs entmutigen, um so weniger, als die von ihm citirten Beispiele Amerikas und Frankreichs, wo es jeweilen galt, von heute auf morgen Heere aus dem Boden zu stampfen, auf unser schweizerisches Militär nicht passen. Unsere Armee ist organisiert, allerdings gegemärtig noch so, daß der eidgen. Militärdirector erklärt, seine erste Handlung im Ernstfalle bestände darin die ganze Organisation über den Haufen zu werfen — Dank der cantonalen Selbstherrschaft, die sich und ihre Christen als die Hauptzache betrachtet. Diese Armeen recruit und bewaffnet sich alljährlich und erhält ihre Instruktion, so daß sie mit Mobilgarden nicht verglichen werden kann. Hingegen ist es selbstverständlich, daß Jan eine Armee mit dreijähriger Dienstzeit andere Ansprüche gestellt werden können, wie an eine Milizarmee, wobei es aber durchaus nicht gesagt ist, daß die Leistungsfähigkeit in genauem Verhältniß zur Dienstdauer stehe.“

Die jetzt im Wurf liegende Bundesrevision wird die Organisation erheblich verbessern, obgleich die Föderalisten eine vollständige Centralisation noch nicht zugelassen haben. Die schwächste Seite am schweizerischen Heere bleibt immer noch der Mangel an genügend ausgebildeten Stabsoffizieren, für welche die Nebungsgelegenheiten zu selten sind.

Dagegen hat die rasche Ausbildung der Mannschaft, besonders der nationalen Schützenwaffe und der in sechs Wochen schon selten Zielfehlenden Artillerie oft das Erstaunen von Offizieren aller ausländischen Armeen erregt. Wird, wie es den Anschein hat, die Lern- und Übungszzeit des Bundesanzuges, der Reserve und der Landwehr etwas verlängert, so darf das Schweizerheer von 200,000 Mann getrost der Zukunft entgegensehen. In erster Linie wird die Schweiz immer trachten, ihre Neutralität aufrecht zu halten; sieht sie sich aber trotzdem in europäischer Händel verwickelt, nun so steht sie auch nicht allein da und der Gegner dessen, der ihre Neutralität verletzt, ist ihr natürlicher Bundesgenosse. Wollte die Schweiz statt der Miliz ein stehendes Heer halten, so könnte sie höchstens für 25,000 Mann die Mittel aufbringen; was sollte sie damit anfangen gegen irgend einen Feind? Besser als diese Spielerei wäre einfache Wehrlosigkeit, wie Elihu Burritt sie antrieb. Nebrigens ist der Bruchbarkeit der Milizen von berühmten Feldherrn oft in Wort und That gehuldigt worden. Wir wollen blos an Nadezky erinnern, welcher in seiner Abhandlung „militärische Betrachtung der Lage Österreichs“ u. a. schrieb: „Die zuverlässige Stärke eines Staates beruht auf zweckmäßig gebildeten Landwehren. Diese Einrichtung ist die natürlichste und deshalb auch die beste. Sie liefert dem Staate im Verhältniß seiner Bevölkerung die größte Anzahl Streiter; sie erhält im Volk das Bewußtsein lebendig, daß es sich selbst vertheidigt, eben dadurch also auch einen kriegerischen Geist, der nicht leicht ausarten wird, weil diesjenigen, welche er belebt, niemals aufhören, Bürger zu sein. Ein solcher Geist auf einer solchen Höhe aber macht ein Volk unüber-

windlich. Man wird es nicht unterjochen, viel weniger austrotten können.“ Nadezky führte hiesfür als geschichtliche Belege an die alten Griechen und Römer, die Schweizer (deren er besonders lobend gedenkt), die Niederländer, die Nordamerikaner, die Revolutionstruppen und die Spanier. Wir schließen hieran den Ausdruck unserer Überzeugung, daß für die Wehrkraft eines Volkes keine lange Dienstzeit und große Friedenspräsenz, sondern lediglich die allgemeine Wehrpflicht und tüchtige Militärschulung jedes Einzelnen erforderlich ist und daß bei diesem System Wohlstand und Finanzkraft mächtig gewinnt: ein Segen im Frieden, eine Stärke im Kriegsfall.

Vom Gotthardtunnel waren bis Ende Januar an beiden Enden 1319,9 Meter ausgebaut. — Der deutsche Hilfsverein zu Genf unterstützte im vorigen Jahre 362 Personen mit 4728 Fr., der zu Bern 477 mit 3990 Fr., der zu Zürich 954 mit 7453 Fr. Der Genfer Jahresbericht spricht sein Bedauern darüber aus, daß so viele Deutsche, auch Elsässer-Lothringer, wieder nach Frankreich gehen, und gewöhnlich bald im elendesten Zustande, über die schändliche Behandlung dort klagen, zurückkommen. Der Jahresbericht von Zürich, wo der Verein seine Mittel hauptsächlich den nothleidenden Familien und Kranken zuwendet und kaum den siebenten Theil an Reisende los wurde, klagt über die stets wachsenden Scharen, welche aus Deutschland und Österreich die kleine Schweiz überschwemmen. — Der erste schweizerische Verein für Leichenverbrennung hat sich mit zahlreichen Unterschriften zu Aarau gebildet; außer Zürich werden wohl Bern und Genf bald nachfolgen. — Das Volk von Zug hat durch Wahl conservativ-ultramontaner Regierungsräthe sorgfältig jedem Umsturze vorgebeugt.

Im geistlichen Departement müssen wir sofort eine fette Ente ausspielen. Der clericale Lyoner „Salut public“ hatte gemeldet, Nationalrat Brunner habe zu einem Genfer Abgeordneten geäußert man müsse mit der Revision rasch fertig machen, im nächsten Krieg zwischen Deutschland und Frankreich müsse die Schweiz dem ersten ein Utreue-corpss stellen. Alle Genfer Abgeordneten erklären nun öffentlich, daß daran kein wahres Wort sei. — Ja einem Bandwurmartigen Fastenmandat des Bischofs Lachat wird der Saal vertheidigt, daß die vorhandene hierarchische Ordnung vom Papst bis zum Kaplan eine göttliche Einrichtung sei, an der nichts geändert werden dürfe, und der Unterschied zwischen der lehrenden und hörenden (warum nicht lieber hörenden) Kirche mit allen daraus entspringenden Folgen erklärt und aufrecht erhalten. Die angestrebte Demokratisierung der Kirche wird als eine lächerliche und widerstinkende Idee abgethan; die Forderung der Priesterehe als eine kindische Thorheit und die Bestrebungen nach Vereinfachung des alles überwuchernden rituellen Formalismus als oberflächliche Privatansichten ohne alles Verständniß für die Tiefe der heiligen Mystik bezeichnet. — Aus dem Berner Jura erfährt man neue Ausschreitungen. Zu Pruntrut wurde das katholische Begräbnis der Frau eines Protestanten in hoher Weise gestört. In Montignez drangen junge Mädchen, welche soeben aus dem Religionsunterricht des früheren Pfarrers Schaffner, der sich im französischen Grenzdorf Courcelles aufhält, zurückgekehrt waren, in die Kirche und entweihten den Gottesdienst in unanständiger Weise. Zu Vendelincourt erhielt der Maire auf der Straße einen die Brust streifenden Schuß. Da übrigens Ruhe und Ordnung sonst nicht weiter gestört wurde und auch der Gemeinderath von Saignelegier sein Bedauern über die Vorfälle an diesem Orte ausdrückte und für die Ordnung einzustehen gelobte, hat die Regierung beschlossen, die drei noch im Jura befindlichen Schützencompagnien zurückzuziehen. Für die durch die Absperrung der Ultramontanen brodlos gewordenen Handwerker und Arbeiter haben die Liberalen in Pruntrut einen Unterstützungsverein gegründet. Den Geistlichen, welche aus Frankreich als Exzessmänner herüberzukommen pflegen, sind gottesdienstliche Verrichtungen untersagt worden. Zu Delsberg und an anderen Orten sind die widerspenstigen Kirchgemeinderäthe abgesetzt worden. Alle Schulcommissionen im Jura sind bei eigener Verantwortlichkeit aufgefordert worden, die vielfachen groben Mängel des Schulwesens wegzuschaffen. Dieses Maßregel, sowie die wahrscheinlich erfolgende Gründung einer katholischen Fakultät an der Berner Hochschule sind für die Clericalen empfindliche Schläge. — Der Große Rath von Freiburg arbeitet aus einem ganz andern Register. Er hat die Lehrer-Alterskasse um 10,000 Frs. veraubt und das Jesuitencollegium St. Michel damit bereichert. Als man im Jahre 1868 dem Bischof aus den Gütern aufgehobener Klöster 435,000 Fr. welche die frühere liberale Regierung zu weltlichen Rücksichten vermeinten hatte, zu füßen legte, wurden davon jene 10,000 Frs. aus besonderer Gnade den Lehrern hingeworfen. — Zu Estavayer starb ein blinder über 70 Jahre alter Mann, welcher stets entschieder Radikaler war und einen fadellosen Lebenswandel führte. Weil er aber zuletzt nicht hatte beichten wollen, verboten die geistlichen und weltlichen Ultramontanen des Ortes jede religiöse Ceremonie und beschlossen Einscharrung bei Nacht im „Verbrecherwinkel“. Die Liberalen protestierten vergebens beim Kirchgemeinderath und beim Regierungsrath in Freiburg und veranstalteten dann dem Todten ein ehrenvolles Civilbegräbnis. — Der Luzerner, welchem der bishöfliche Commissar die Dispenskarte erlassen wollte, um ihn aus den altpfälzischen Klauen zu retten, hat die römische Schacherei satt bekommen und will sich nun doch altpfälzisch trauen lassen. — Von den im Jahre 1873 zu Basel Gebrachten hat sich fast ein Drittel an der Civilehe genügen lassen und die kirchliche Trauung hinterher überflüssig gefunden.

Vor einem angeblichen Moritz v. Kindmatten, der sich den Walliser General zum Vater auserkoren hat, wird öffentlich gewarnt;

er gäumert im östlichen Europa umher und vertreibt hauptsächlich seine schweizerischen Landsleute zu rupfen; er ist 26 Jahre alt, elegant gekleidet und hat gute Manieren.

### Provinzial - Zeitung.

+ Breslau, 28. Februar. [Diner.] Der bisherige Commandeur des Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, Herr Oberst Freiherr von Wechmar in Carlsruhe, welcher an Stelle des Herrn General-Major von Boigts-Meck zum Commandeur der 21. Infanterie-Brigade ernannt worden, und vor einigen Tagen hier eingetroffen ist, gab gestern im Hotel Galisch, woselbst er Quartier bezogen, ein Bevollommungs-Diner, zu welchem 11 Personen Einladungen erhalten hatten. Unter den Gesladenen befand sich, außer dem Commandanten, Herrn General-Major von Lindern, und mehreren Stabs-Offizieren, auch der Herr Polizei-Präsident Freiherr von Uslar-Gleichen.

Angekommen: Durchl. Fürst Mauro-Cordatis aus Rumänien.

[Legat.] Die hiesige „Volkszeit.“ schreibt: Dem Vorstande der drei katholischen Kinder-Bewahr-Anstalten ist in diesen Tagen die erfreuliche Mittheilung zugegangen, daß die am 14. Dezember 1873 vereigte Königin Elisa von Preußen in einer codicillarischen Verordnung den genannten Anstalten ein Legat von 330 Thlrn. vermacht hat, welches binnen Kurzem ausgezahlt werden soll. Die hohe Erbläserin hatte auch seit mehr als 20 Jahren die Kasse durch eine jährliche reiche Spende erfreut.

— Breslau, 26. Februar. [Schwurgericht.] Die gestrige leste Sache gegen den Fleischergesellen Josef Malinowski aus Kurczvirov. Die heutige Verhandlung eröffnete mit der Anklageseite wider den Webergesellen Wilhelm Schubert aus Berthelsdorf wegen vorsätzlicher Brand-

wüstung. Der Angeklagte gibt selbst an, daß er am 17. den Freistellen-Besitzer Gottfried Nitsch zu Dürory angebietet, jedoch nichts erhalten und aus dem Gehöft gewiesen worden sei. Aus Rache habe er beschlossen, dem Nitsch den rothen Hahn auf das Dach zu setzen. Das Wohnhaus des Leutgenannten besteht unterhalb aus Mauerwerk, oberhalb aus Bindwerk und ist mit Rohr und mit Strohschöben gedekt. Nach Morgen zu befindet sich an der Wohnstube eine 2 Fuß breite Traufe, welche durch eine Thür verschlossen ist, die sich an die nach Norden belegene Grenzmauer des Freigärtner Guts Garetschen Wohnhauses anlehnt. Bei dieser Thür geht das Dach des Nitsch'schen Wohnhauses bis auf 5 Fuß vom Erdboden herunter. In unmittelbarer Nähe der Thür und des Wohnhauses steht ein junger Ulmenbaum, dessen Asten an das Dach des Wohnhauses reichen. An dem der Anstellung des Nitsch durch den Angeklagten folgenden Tage Abends gegen  $\frac{1}{2}$  Uhr bemerkte die Magd des Freigärtners Gurek an dem rechten Giebel des Nitsch'schen Wohnhauses, wo der Ulmenbaum steht, einen Feuerschein und Flammen, welche vom Dache ausstiegen. Sie machte sofort Lärm und es gelang ihr mit Hilfe des Knütsch-Klante nach kurzer Zeit das Feuer, welches bei dem heftigen Winde für das ganze Dorf leicht gefährlich werden können, zu löschen. Das Strohdach war an mehreren Stellen angebrannt; ebenso die Thür zur Traufe. An der Ulme steht ein Strohwisch, welcher noch ganz hell brannte, als das Feuer bemerkte und mit welchem offenbar die Brandstiftung war bemerkten. Der Angeklagte gesteht auch zu, daß er auf diese Weise das Feuer angelegt und die Flucht ergreifen habe, als er merkte, daß das Feuer auch das Strohdach des Nitsch'schen Hauses ergriffen habe. Es erbrachte sich somit die Zugabe der Geschworenen und wurde der Angeklagte mit dem Minimum des gesetzlichen Strafmaßes, mit 1 Jahr Zuchthaus bestraft. Derselbe ist bisher noch unbefristet und es würden ihm deshalb sowohl wie wegen seines offenen und freimüthigen Geständnisses mildernde Umstände bewilligt werden sein, wenn nicht bei der Brandstiftung, welche an einem Wohngebäude verübt wird, mildernde Umstände gelegentlich ausgeschlossen wären.

Die zweite Verhandlung betrifft den Maurer Adolph Kerber aus Sandraschütz, der wegen versuchten Straftreffens und Diebstahls im wiederholten Rückfall unter Anklage steht.

In seiner Begleitung war am 19. August v. J. der Holzhändler Carl Strubel aus Domrowe von Sandraschütz nach Breslau gefahren, um daselbst Breiter, die er in Festenberg geladen hatte, zu verkaufen. Auf dem Abladeplatz in Breslau war Kerber bei dem Abladen der Bretter behelflich und nah zu, wie dem Strubel der Kaufpreis von 50 Thlr. ausgezahlt wurde. Dieser steckte das Geld in einen Beutel und diefsten in die Hosentasche. Am folgenden Tage fuhr derselbe von Breslau ab und über Peife, Bohrau und Juliusburg nach Hause. Auf dem Wagen befanden sich der Angeklagte, der Holzhändler Gottfried Schneider aus Alt-Trachenberg und der taubstumme Schuhmader Friedrich Gräßer aus Steinbuhnder. Strubel saß auf dem Bordfusse und tuschierte, neben ihm, den Rücken den Pferden zugewandt, Schneider, diesem gegenüber hinten im Wagen, Gräßer und schließlich neben diesem der Angeklagte, auf einer ihm gehörigen Kiste mit Tabak. Auf dem Wege ließ Kerber fast bei jedem Wirthshause halten und traktierte die Wageninsassen mit Braumeine und Bier; in Peife ließ er sogar Schnaps mit Spiritus gemengt hineinreichen. In Peife wurde keiner der Mitsfahrenden betrunken. Zwischen Peife und Bohrau, als es bereits sehr finster geworden war, fuhr Kerber plötzlich mit der einen Hand dem vor ihm sitzenden Strubel an den Hals und drückte ihn gewaltsam nach vorn über, während er ihm mit der anderen in die Hosentasche griff, in welcher sich der Beutel mit Geld befand. Strubel machte sofort Lärm und warf dem Kerber vor, daß er ihn bestohlen wolle; zugleich drückte er den Arm desselben fest gegen den Leiterbaum. Kerber zog sich nun wieder auf seinen Platz zurück und wurde auf sein Bitten noch bis Juliusburg mitgenommen, wo er den Wagen verlassen mußte. Bald nach dem Angriff hatte ihn der Strubel natürlich vom Wagen werfen wollen.

Anfang December 1872 fuhr Kerber mit dem Freistellenbesitzer Friedrich Bunk und dessen Sohn Karl aus Sandraschütz des Abends von Breslau über Peife und Juliusburg nach Sandraschütz. Kerber saß hinten auf dem Wagen, der Bunk (Vater) tuschierte und hatte neben sich seinen Sohn Nachdem der Fuhrwerk Peife passirt hatte, übernahm den alten Bunk der Schlaf. Er legte sich in den Wagen zurück mit dem Kopfe auf Kerber zu. Carl Bunk übernahm die Zügel, schlug aber bald wieder ein. Beide erwachten erst, als das Fuhrwerk vor dem Wirthshaus in Juliusburg hielt. Kerber zuckte hier mit der Laterne etwas am Wagen und ging dann ins Wirthshaus, während der junge Bunk den Pferden fütterte. Demnächst fuhren alle drei weiter. Friedrich Bunk schlief wieder ein, sein Sohn aber blieb mit Ausnahme einer kurzen Strecke im Walde munter und ging eine Zeit lang neben dem Wagen her. In Domrowe erwachte Friedrich Bunk, griff in die Brusttasche seiner Jacke nach der in derselben befindlichen Tabakdose und fand hierbei, daß das vorher in der Tasche befindlich gewesene Geld im Betrage von etwa 2 Thlr. 20 Sgr. verschwunden war. Er jammerte und lamentierte über den Verlust des Geldes und der Angeklagte tröstete ihn mit den Worten: „Sei nur still und mache kein Geräusch, ich werde Dir ja was wiedergeben.“ Um 2 Uhr Nachts kamen sie zu Hause an, wo Kerber in dem Hause des Bunk wohnte. Letzterer machte seiner Ehefrau von dem Vorfallen bald Mitteilung und begab sich dann zum Ruhe. Am nächsten Morgen in der Frühe bemerkte die Frau des Bunk, daß der Angeklagte unter dem Wagen sorgfältig nach etwas suchte, ohne jedoch, wie es schien, Erfolg zu haben. Als Kerber sich von dem Wagen wieder entfernt hatte, begab sich die Frau Bunk an denselben, räumte ihn ab und fand an dem Platze, wo ihr Chemann und ihr Sohn gesessen hatten, ein Messer, welches sie alsbald als das des Kerber erkannte. Zwischen Klinge und Stiel fand sie blaue Leinwandfaser eingeklemmt. Bunk sen. untersuchte nun seine Tasche genauer und fand, daß dieselbe sowie die Jacke selbst an der betreffenden Stelle durchschnitten war. Er zweifelte nicht, daß mit dem auf dem Wagen vorgefundenen Messer, welches auch er als das des Angeklagten kannte, seine Tasche durchschnitten und ihm so das verschwundene Geld entwendet worden sei. Das Messer erhielt Kerber wieder, der es auch annahm und behielt.

Der Angeklagte leugnet in beiden Fällen wie früher in der Voruntersuchung so auch heute. In Beziehung auf den Raub behauptet er, den Strubel gar nicht gewaltsam und nicht am Halse angegriffen zu haben, sondern nur um ihm die Zügel aus der Hand zu nehmen, weil er selbst tuschierte. Wegen des Diebstahls trat er einen sonderbaren Gegenbeweis an, indem er behauptete, die in dem Wagen vorgefundenen blauen Leinwandfäden könnten viel eher von seiner eigenen Tasche herrühren, als von der des Bunk. Um das glaubhaft zu machen, zeigte er den Geschworenen seine beiden blauen Hosentaschen, während seine als Entlastungszeugin von ihm vorgeschlagene Frau eine dritte solche Tasche unaufgefordert vorlegte.

Der Vertreter der f. Staatsanwaltschaft Herr Staatsanwalt Professor Dr. J. H. S. beantragte in beiden Fällen schuldig zu sprechen, während die Vertheidigung, Herr Justizrat Korb nur wegen des Diebstahls keine Anträge stellte, dagegen wegen des Raubes um Freisprechung bat. Der Herr Vertheidiger wies insbesondere darauf hin, daß jedenfalls die gesamte, damalige Reisegesellschaft betrüft gewesen sei und daher ihre Aussage wenig Glaubwürdigkeit verdiente. Dies sei auch mit Beziehung auf den Raubzummen Schneider der Fall. Dessen Verneinung, wie wir bemerkten, war übrigens eine äußerst interessante. Er kann zwar lesen und schreiben, es konnte jedoch auf diesem Wege nicht mit ihm verhandelt werden, weil dadurch das Prinzip der Mündlichkeit in seiner Geltung erschüttert würde. Die Verneinung gleich deshalb durch den hiesigen Raubzummenlehrer Bergemann und zwar in höchst gewandter und anfänglicher Weise. Zahlen wurden von dem Zeugen sogar durch die Sprache und ziemlich verständig ausgedrückt.

Die Geschworenen erachteten den Angeklagten in beiden Fällen für schuldig, jedoch nur mit 7 gegen 5 Stimmen, so daß die Ergänzung des Wahrspruchs durch den Gerichtshof eintrat. Dieser sprach sich auch für „Schuldig“ aus.

Sternichti heran und sagte: „sie solle das Geld liegen lassen“. Ohne ein Wort zu erwidern, ging die Frau Sternichti weiter. Der Angeklagte jedoch folgte ihr, trat wieder auf sie zu, und rief: „Geben Sie mir das Geld oder der Teufel holt Sie“. Obgleich nur die erschrockene Frau ihm erklärte, daß sie kein Geld, sondern nur eine Stecknadel gefunden, so behauptete doch Gudel, daß ihm Geld aus einem vorüberfahrenden Wagen zugeworfen worden wäre und packte sofort die Frau Sternichti mit der einen Hand an der Schulter, schüttete sie heftig und ergoss mit der anderen Hand ihre Tasche, indem er versuchte, dieselbe abzureißen. Nur mit Mühe vermochte die Frau Sternichti sich den Angriffen des Gudel zu entwinden und zu entfliehen.

2. Der Angeklagte ist geständig, am 11. Juli v. J. Morgens aus dem Gasthaus des Friedrich Würfel zu Rosenthal einen dem Nachtwächter Kärgler gehörigen Hammer im Werthe von  $2\frac{1}{2}$  Sgr., welcher frei dalag, entwendet zu haben.

Den Angeklagten, welcher den Raub leugnete, vertheidigte Herr Justizrat Korb, der der Ansicht war, daß nur Expressum vorliege. Er stelle den Antrag auf Zulässigung mildernder Umstände, welche die Geisworenen annehmen. Nach dem Urtheil der L. Staatsanwaltschaft wurde gegen Gudel auf eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten und auf einjährigen Chorverlust verurtheilt.

K. Breslau, 27. Februar. [Schlesischer Central-Verein zum Schutz der Thiere.] Die gefrige allgemeine Versammlung im Saale des Breslauer Handlungsdienst-Instituts, Neue Gasse Nr. 8, ziemlich zahlreich auch von Damen besucht, leitete in Vertretung des Vorsitzenden, Herrn Departements-Thierarzt Dr. Ulrich, Herr Doctor Liebs, welcher, selbst nur kurze Zeit anwesend, Herr Hauptmann a. D. Jaenike zu seinem Substituten ernannte. Die für den ausgechiedenen Herrn Registratur Schaff als Vorstandsmitsglied auf den Herrn Particular König gefallene Ergänzungswahl nahm derselbe an, worauf verschiedene eingelaufene Correspondenzen zur Mittheilung gelangten. — In Bezug auf den gerügten Missbrauch von Hunden zum Zielen, die häufig dazu entmehren zu schwach oder zu klein sind, wurde der Antrag des Herrn Literaten Carlo, an das Polizei-Präsidium das Gesuch zu richten, die Hundespanne, gleich anderen Fuhrwerken, einer periodischen Revision zu unterwerfen, angenommen. — Hierauf referirten die Herren Liebs über eine englische Zeitschrift mit Thierberichten, Oppenheim über die Verhandlungen der General-Versammlung des thurgauischen Thierschutz-Vereins in Kreuzlingen, Baron von Rothkirch über die Jahresberichte des Oppeltner und des Wupperthaler Thierschutz-Vereins. — Wegen der von dem Herrn Spediteur Lucas zur Sprache gebrachten übermäßigen Anstrengung von Pferden beim Aussehen von Erde auf einer Baustelle der Heinrichstraße sowohl beim Bauunternehmer als auch bei der königlichen Polizeibehörde vorstellig zu werden, wurde, nachdem schon abgetriebene Thiere ihren Kräften dabei erlegen sind, derart für dringlich erkannt, daß beschlossen wurde, an die Behörde eine Deputation zu entsenden, um diesem Unwesen baldmöglichst zu steuern. — Der Schluß der Versammlung erfolgte um 10 Uhr.

Ü Breslau, 27. Februar. [Handwerker-Verein.] Herr Professor Ferdinand Cohn hielt am gestrigen Abend einen in seiner poetischen Weise gefaßten Vortrag über die Schweiz und deren eignthümliche Reize. Er leitete denselben durch die Hinweisen auf die den Deutschen und deren Stammgenossen aus den Zeiten der Völkerwanderung erbliche Wanderlust ein, welche dieselben auch heut noch ein beträchtliches Contingent zu den Reisenden stellen lassen, während die romanischen Nationen beträchtlich zurückstehen. Die alten Zeiten haben recht viel gehabt, wenn sie nur demjenigen Bürger die Niederschlag in ihren Städten gestatteten, der sich erst einige Jahre in der Welt umgeben und Erfahrungen gesammelt hatte. Und in der That erwirkt man sich diese am meisten, wenn man die Welt am besten zu Fuß durchstreift, nicht aber, wie wohl jetzt oft zu geschehen pflegt, halb schlafend im Eisenbahnwagon. Ein Hauptzielpunkt aller Reisenden aber bleibt die Schweiz, das wird selbst von denen anerkannt, welche die Gebirge Indiens und die Cordilleren Amerikas durchstreift haben.

Die Schweiz hat in ihren Alpen eine gigantische Mauer, welche Norden und Süden in einer Höhe von 10—15,000 Fuß, 1—2 Meilen Stärke und einiger 100 Meilen Länge in doppelten oder einfachen Bügen trennt, die aus Granit aufgebaut, mit Bastionen und Kalkfelsen versehen und auf ihrer obersten Decke mit ewigem Schnee belegt ist. Der Schnee schmilzt nämlich schon bei 8000 Fuß nicht mehr und die höheren Berge reichen noch 6—8000 Fuß höher hinauf, scheinbar in den Himmel hinein, so der Montblanc, Montersa, die Jungfrau u. c. Diese gewaltige Mauer hat freilich auch bezeugtweise niedere Stellen, etwa 4000 Fuß hoch, wo sich die Schreder der Alpenwelt nicht fühlbar machen und diese Brechen hat der Mensch zu Verbindungswegen mit den seitlichen Nachbarn bemüht, auf welchen Pässen freilich nur das Saumroß sicher schreitet. Leichte Verkehrswege haben erst die neueren Zeiten geschaffen, wo auf zickzackartig gebauten Bahnen der Postwagen und andere Gefährtne die Höhen hinauf oder herabklimmen können. Diese Straßen galten früher als „Weltwunder“ und gehören nicht den eigentlichen Alpen, sondern mit ihnen verbundene Gebirgszügen an, z. B. dem Semmering bei Wien und dem Brenner in Tirol. Eisenbahnen sind in, resp. durch die Alpen erst zwei vorhanden, eine vollendet am Montençio, die andere im Bau an St. Gotthard. In den Verfestigungen der Thäler (den Mulden) liegt der Schnee, oft hinab bis zu den Häusern der Menschen sich erstreckt. Aus diesen Gleisfern rinnen die Ströme, deren der Vortragende 4 hervorhebt, die als besonders stark sogar von der Sprache mit dem männlichen Geschlecht bezeichnet sind, der Rhein, der Rhone, der Inn und der Tessin. Eine Eignthümlichkeit der Schweiz, die nur noch in Tirol einige Analogien findet, ist es, daß die Ströme sich in einem der Seen erst von ihrem Gleisferndamm abklären, so der Rhein im Boden-, der Rhone im Genfersee, der Reus im Bielerwaldstättersee und der Tessin im Gardasee. Diese Seen sind den Augen der Landschaft vergleichbar und bieten, wie der Garda- und der Comersee und wie der lago maggiore, eignthümliche Reize der Alpenbilder.

Erster besprach Hr. Prof. Cohn das Volksleben, das in seiner Freiheit sich als ein intelligentes darstelle, wie die Schulen beweisen und die Museen, die jenen an unsern Universitäten nahe kommen. Auch die Wirthshäuser tragen dieses Gepräge und gute Wege erleichtern den Verkehr. Von den Eisenbahnen hoh der Vortragende die sogenannte Touristen-Eisenbahn auf den Rigi hervor, die 3 Gleise habe, deren mittlestes die Waggons, von welchen jede Locomotive nur einen zu ziehen habe, durch Zahne und Zahnräume festhalte, und so ein Herunterrollen hindere, wenn er nicht direkt in Bewegung gebracht wird. Die Passagiere seien alle nach einer Seite gewendet und beschrieb der Redner eine Fahrt auf dieser Bahn. So geht es auf den Rigi, der vor den Alpen liegt, ein herrliches Panorama gewährt, 5500 Fuß hoch. Mit der Beschreibung von Rigi-Kaltbad schloß der anziehende Vortrag, für den Herr Freiherr im Namen des Vereins dankend, den Wunsch um gelegentliche Fortsetzung aussprach. — Am 7. März findet, wie Hr. Lindner auf eine jüngst angegangene Frage gestern mittheilte, noch ein geselliger Extra-Abend mit Tanz statt, dann aber keiner vor Ostern weiter, zumal auch das Tanzen wegfallen müßte.

H. Hainau, 26. Febr. [Communales.] In letzter Sitzung der Stadtverordneten gelangte zur Kenntniß der Versammlung ein, zufolge Petition mehrerer Großgrundbesitzer des Kreises, ergangener Bescheid des Handels-Ministeriums, vom 17. v. Mts., wonach in dem etwa eine halbe Stunde von hier entfernten Dorfe Bielau, an der Eisenbahn-Abschnittslinie Arnstadt-Gassen, ein Bahnhof angelegt werden wird. — Beuglich eines Monitum, bei Bezahlung von Forderungen an die Communalkasse, die Verzugszinsen nicht fallen zu lassen, beschloß die Verammlung, den Magistrat zu erüthren, die im Revisions-Protokoll monierten Zinsen zur Einzahlung zu bringen. — Die für städtische Schulzwecke fortlaufend sich steigernden Ausgaben, welche gegenwärtig ca. 5300 Thlr. per anno betragen, die Armenkasse mit ca. 200 Thlr. belasten, und aus der Stadthauptkasse einen Zusatz von etwa 3800 Thlr. erfordern, während dasbare Schulgeld bei etwa 800 Kindern jährlich gegen 1400 Thlr. beträgt, ließ schon seit Jahren eine Regulierung der bisher bestandenen örtlichen Schulgeldverhältnisse als wünschenswert und nothwendig erscheinen, um die Kämmerereiße andauernd nicht noch mehr zu belasten, was auch durch die ca. 100 bis 120 schulpflichtigen Kinder aus den Dörfern Burgleben, Mischendorf und Gölsdauer Vorwerke u. c. geschieht, welche bisher Schulzugehörigkeit find. Seitens der Schuldenputation waren hierzu beim Magistrat folgende Propositionen eingebracht worden: Erhöhung des Schulgeldes nur für die drei ersten Knabenklassen, eine solche nur für die auswärtigen Schüler, oder gänzlicher Wegfall des Schulgeldes für die städtischen Schüler und dafür einen Communallsteuer-Zuschlag. Eine gemischte Commission hatte eine endgültige Beschlusssatzung vorbereitet und entschloß sich die Versammlung für Erhöhung des Schulgeldes der auswärtigen Schüler, monatlich pro Kopf von 5 Sgr. 4 Pf. auf 10 Sgr. Bereits vor Jahren wurde durch ein Mitglied der Verammlung in derselben der Nachweis geführt, daß Ostern etwa nur die Hälfte, der für Verziehung reisenden Schüler aus den Unterklassen der nächststehenden zugewiesen werden kann, die übrigen Schüler aber noch ein volles Jahr in den bisherigen verbleiben müssen, weil in den Oberklassen ein zu geringer Abgang stattfindet und in den Mittelklassen bei ihrer Überfüllung kein weiterer Raum zur Aufnahme vorhanden ist. Diesem tiefgreifenden Nebelstande sucht man bei stattdenender

Versetzung leider dadurch zu begegnen, daß unfähige Schüler, mit ungenügenden Kenntnissen und Fertigkeiten, dennoch Oberklassen zugethieilt werden, nur, um in der Vorklasse Raum zu gewinnen. Die Errichtung von Parallelklassen und eine weitere Vermehrung der Lehrkräfte ist an der evange- lischen Schule dringentes Bedürfnis und erheigt baldige Abhilfe, wenn nicht noch mehr Schäden eintreten sollen, die auf Kosten des Lehrziels und der Leistungsfähigkeit der Schule sich geltend machen müssen; da Unnötiges auch der beste Lehrer nicht zu leisten vermag. Dies wird aber gefordert, wenn der Numerus der Schüler in der dritten und zweiten Mädchenklasse, in der vierten und dritten Knabenklasse fast achtzig beträgt.

» Aus dem Weißtrichtschale, 26. Febr. [Bur Tagesschronik.] Den ganzen Winter hindurch hatten wir ungemein viel Stürme und seit Ende Januar auch sehr viel Schnee, der zeitweise die Verbindungen sehr störte, nach Böhmen zu sogar gänzlich unterbrach und noch immer nicht weichen will, vielmehr, wie z. B. heute wieder, durch neuen starken Fall ergänzt wird. Wir können jetzt im Frühjahr auf reichliches Wasser hoffen, über dessen Mangel schon seit langer Zeit geklagt wird. Die seit 8 Tagen unbrauchbar gewordene Schleppenbahn hat ungefähr 3 Wochen ausgehalten und wurde zu Fracht- und Spazierjahren stark benutzt. Die Temperatur erhält sich den ganzen Winter hindurch mäßig und meist nur wenige Grad unter Null, die kaltesten Tage waren der 7. Januar und 11. Februar mit früh 9 und  $9\frac{1}{2}$  Grad. R. Kälte. Zweimal, am 7. December und 2. Februar sank das Thermometer des Abends plötzlich auf —11 Grad, zeigte am andern Morgen aber schon wieder 5 und 6 Grad. — In diesem Sommer wird die heimige Industrie durch einen bisher noch freien Fabrikationszweig erweitert; ein Kaufmann in Charlottenbrunn erbaute mit Beginn der besseren Jahreszeit dicht an der Chaussee von Tannhausen nach Charlottenbrunn eine Pappefabrik, wozu die Schachtarbeiten bereits während des Winters ausgeführt worden sind. — Über Fortführung der Bergungsbaue verlautet bis jetzt noch nichts Näheres. — Die Telegraphenstation in Charlottenbrunn wird voraussichtlich am 1. Mai eröffnet werden. — Die Rübrigkeit, welche jetzt schon nicht nur die evangelischen, sondern auch viele andersgläubige Bewohner unseres Thales bei den Vorbereitungen zu dem im April stattfindenden goldenen Amtss- und bald darauf Jubiläum unseres würdigen Herrn Pastor Siegert in Charlottenbrunn an den Tag legen, ist deutlicher Zeuge von der großen Liebe, welche der Genannte in seiner Gemeinde und darüber hinaus geniebt. — An geistlichen Vergnügungen war der heurige Winter in hiesiger Gegend ganz ausnahmsweise arm.

» Potsdam, 24. Febr. [Unglücksfall.] Kirchhofsanlegenehtheit. Am Sonnabend Vormittag geriet die Magd eines hiesigen Wirtschaftsbesitzers durch eigene Unvorsichtigkeit mit dem linken Fuß in das Schlagwerk einer im Betriebe befindlichen Dreijahrmühle. Der Fuß wurde bis über das Knöchelgelenk ganz zermalmt und mußte, um das unglückliche Mädchen aus der schrecklichen Lage zu befreien, die Maschine erst auseinander geschraubt werden. Die Amputation des zerquetschten Theiles erfolgte sofort und ist Aussicht, das Mädchen am Leben zu erhalten. — In der heutigen Stadt-Sitzung fand die endgültige Feststellung des Kirchhof-Regulativs für den neu eingerichteten Communal-Kirchhof statt. Hierbei gelangte auch die von der „Bresl. Zeitung“ reproduzierte Petition katholischer Bürger und Landleute wegen Zurücknahme des Beschlusses, wonach das Begraben ohne Unterschied der Concession erfolgen sollte, zur Kenntniß der Versammlung. — Nach Vorleseung derselben ergriß Thierarzt Hauck das Wort und sprach sich etwa in folgender Weise aus:

„Zunächst lege er Bewährung ein gegen die Auffassung, als wenn die in dem verlesenen Schriftstück ausgesprochenen Ansichten als der Gesamtansdruck der Gesamtbewegung aller hiesigen Katholiken zu betrachten wären.“

„Bis jetzt habe die Bürgerschaft im tiefsten confessionellen Frieden gelebt, was der Genüge durch den überaus herzlichen und geselligen Verkehr der Bürger untereinander sich ausgedrückt habe. Die einsichtsvollen Katholiken würden es sich auch ferner zur Ehrenpflicht rechnen, nach wie vor diesen Frieden aufrecht zu erhalten und jede Aufheizerei, sie komme von welcher Seite su wolle, entschieden zurückweisen.“

Überhaupt trate in dieser Angelegenheit die eignthümliche Erscheinung zu Tage, daß, nachdem die Bürgerschaft bereits im September v. J. Kenntnis von den Begehren der städtischen Behörden erlangt, in welchen den zukünftigen Charakter des neu anzulegenden Kirchhofes bestimmt ausgesprochen war, nicht die geringste Misstrümmer oder Erregung in der Stadt sich bemerkbar gemacht hat; ja jeder fand es ganz natürlich und selbstverständlich, daß ein Verhältniß, welches auf dem alten Kirchhof seit über 100 Jahren bestanden und bei dem Niemand Schaden genommen, auch auf den neuen mit übertragen würde.“

„Da auf einmal, nach etwa 5 Monaten, habe ein Organ der katholischen Geistlichkeit bei Gelegenheit einer Zusammenkunft der Mitglieder des katholischen Volksvereins die Brandschädel des confessionellen Haders unter die Bürger gesetzt.“

„Hierdurch charakterisiere sich das Ganze als ein Parteigetriebe und die Versammlung könne sich unmöglich zum Organ einer Partei machen, sondern müsse über den Parteien stehen.“

Nedner wendete sich hierauf zu dem am Eingange der Petition befindlichen Passus, wonach Magistrat erfuhr, daß den Katholiken und den Evangelischen rechterwige Pläne eingeräumt werden sollen und erklärt, daß ein solcher Beschluß nicht erfüllt, mithin ein Irrthum vorliege.

„Was ferner den Punkt bezüglich der Witches anläßt, so wies er nach, daß dies unausführbar sei; denn da nach dem Wunsche der Petenten die Kirchöfe streng confessionell gezeichnet sein sollten, so könnten eben nur auf jedem die entsprechenden confessionellen Familienlieder in dem Erbbegräbnis aufnahme finden.“

„Würde man aber einen Compromiß eingehen und gestatten, daß bei den Erbbegräbnissen auch die Beerdigung des anders glaubenden Theiles erfolgen könne, so würde damit ein Verhältniß geschaffen, für welches er keine Bezeichnung finde. Demn da stelle ich lediglich die Sache so, daß man mit dem wohlhabenden Protestant schon zusammen liegen wolle, nur nicht mit dem Armen!“

Weiter müßte der Unstand berücksichtigt werden, wenn sich etwa noch andere religiöse Vereine bildeten, oder es sterbe jemand, der sich zu gar keiner Religionspartei befehlt; was dann? — Untergebracht müsse die Leiche doch werden, auf das erste beste Alterstück oder gar ins Wasser dürfen sie nicht gelegt werden, es bliebe somit also nichts übrig, als daß die Polizei dann eines von den Kirchöfen Thoren öffnen lassen müsse, da gutwillig sie keine Partei würde annehmen wollen. Zu solchen widerwärtigen Verhältnissen könnte unmöglich die Versammlung die Hand bieten.“

Magistrat habe übrigens, sobald seitens der Regierung über die Einrichtung des neuen Kirchhofes verfügt gewesen, sofort Anfrage bei den Kirchbehörden gehalten, ob sie wohl Willens seien, auf ihre eigenen Kosten einen Kirchhof einzurichten, was aber beiderseitig verneint worden sei; darauf hin habe die Stadt einen Kirchhof aus Communalmitteln schaffen müssen, demnach habe auch jeder Bürger ein gleiches Anrecht darauf. Deshalb stelle er den Antrag, den Beschluß vom 9. September v. J. aufrecht zu halten und die Petition ohne weitere Berücksichtigung zu den Acten zu nehmen.“

Hierauf erbat sich Commissarius Stehr das Wort und schloß sich den Ausführungen des Vorredners vollständig an, gleichzeitig wies er aber auch darauf hin, daß die Gemeinden Heinzendorf und Cosel, aus welchen auch zahlreiche Mitglieder die Petition unterschrieben hatten, durch ein Contract-verhältnis lediglich nur das Bevölkerungsrecht, auf die Einrichtung des Kirchhofes aber nicht die geringste Einwirkung zustieh; er stelle jedoch den Antrag, daß, wenn sich diese Gemeinden in ihren religiösen Gefühlen durch Fortsetzung des aus dem alten Kirchhofe übertragenen Verhältnisses verlebt fühlen sollten, sie aus dem Contractsverhältnis ohne Weiteres zu entlassen, damit sie sich selbst einen Kirchhof nach ihren Wünschen einrichten könnten. Herr Kaufmann Ergmann gab ebenso der Eratrüfung Ausdruck, welche diese Angelegenheit unter den hiesigen Protestanten erregt habe. Nun erschien um's Wort der Sattler Größ, einer von den vier jüngst gewählten ultramontanen Stadtverordneten, machte sofort die in völligem Objektivität gehaltene Debatte zur peripherischen. Unter betreffender Namensnennung beklagte er die Protestanten als diejenigen, welche die Brandschädel unter die Bürger schleuder, was einen großen Sturm hervorrief, nachdem sich derselbe etwas gelegt, erbat sich nochmals Herr Haude das Wort zur persönlichen Vertheidigung und nun las er der Versammlung ein Referat vor aus Nr. 14 der Neisser Zeitung vom 18. Februar über eine am 9. d. M. hierorts abgehaltenen katholischen Volksvereins-Sitzung, worin zur Evidenz bewiesen ist, daß ein Organ der katholischen Geistlichkeit die Potsdamer Bürger und die Einwohner von Cosel und Heinzendorf zu dem vorliegenden Antrage aufgerufen, welcher so ließe Eratrüfung unter Katholiken wie Protestanten erregt hat. Herr Haude meinte noch, daß, da mehrere Stadtverordnete als Mitglieder jener Volksvereins-Sitzung beigezogen haben, sie in der Lage sein müßten, beurtheilen zu können, ob das Referat wahrheitsgetreu oder nicht; es konnte aber Niemand widersprechen! — Ein Antrag auf Schluß machte den sehr unerträglichen Sachen ein Ende und die Versammlung stimmte mit 16 gegen 6 ultramontane Stimmen den gestellten Anträgen zu. — Magistrat hat ebenfalls seinen früheren Beschluß aufrecht gehalten; somit bleibt's beim Alten!

## Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 27. 28.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°.....	331 <sup>0</sup> ,52	332 <sup>0</sup> ,86	334 <sup>0</sup> ,01
Luftwärme .....	+ 5,4	+ 2,1	- 0,9
Dunstdruck .....	2 <sup>0</sup> ,03	1 <sup>0</sup> ,94	1 <sup>0</sup> ,65
Dunstättigung .....	63 p.C.	80 p.C.	90 p.C.
Wind .....	SE. 3	E. 1	SE. 1
Wetter .....	wolzig.	bewölkt.	wolfig.

Breslau, 28. Febr. [Wasserstand] O.-P. 96 Em. U.-P. — M. 40 Em. Eisstand.

Berlin, 27. Februar. Der hervorstechendste Charakterzug des heutigen Verkehrs war wiederum Geschäftslösigkeit, die auf allen Geschäftsgebieten vormalte, jedoch zeigte sich die Stimmung befriedigter als dies gestern der Fall war. Obgleich die bestimmte Nachricht von der Zahlungseinstellung einer bedeutenden Kölner Firma eingetroffen war so übte dies nur einen weit geringeren Einfluß auf den hiesigen Platz, als die gestern colportirten Gerüchte über die Verlegenheiten einzelner rheinischer Häuser. Bei der incede stehenden Inflation in Berlin nur mittelbar beheiligt und beschränkte sich der Einfluß derselben lediglich auf mehr oder weniger erhebliche Coursrückgänge rheinländischer Banknoten. Die forcierten Abgaben in Actionen des Schaffhausen'schen Bankvereins dauerten fort und drückten wiederum den Cors um einige Procente. Im Allgemeinen hatten sich aber die Anzahlungen in den hiesigen Börsentreihen gebeigt, wozu die glücklich und ohne Störung vorübergegangene Liquidation wesentlich beigetragen hat. Der Goldmarkt bewahrte seine große Flüssigkeit ohne Veränderung, seine Diskonten blieben begeht und auch zu Prolongationszwecken waren Geld leicht und reichlich bei schätzigen Prinzipialen zu haben. Die internationalen Speulationspapiere bewegten sich in steigender Richtung, zwar war ihre Haltung Anfangs unentschieden, doch zogen sie bald in den Courses an, auch vergrößerte sich der Umfang des Verkehrs, namentlich waren Österreichische Creditactien animiert und schlossen mit einer immerhin ansehnlichen Courssance. Lombardaten waren Anfangs sehr matt und ausgeblieben. Im Verlauf des Geschäfts aber verminderten sich die Blanko-Abgaben und auch dieses Papier trug eine Konsteigerung davon, die aber noch nicht die Höhe der gestrigen Schlusnotirungen erreichte. Österreichische Nebenbahnen fanden wenig Bedeutung, nur Galizier waren begeht und Österreichische Nordwestbahn bezeichnete große Festigkeit. Von auswärtigen Fonds zeigten sich Türken vorzugsweise an, da von Paris gemeldet war, daß die Verhandlungen, die projectierte neue türkische Anleihe bei, in ein günstigeres Stadium getreten seien. Renten waren ebenfalls sehr beliebt. Wiener Communal-Anleihe 91 $\frac{1}{2}$  Od. bis 91 $\frac{1}{2}$  Od. Loospapiere sehr still. Amerikaner wenig verändert. Russische Wertpapiere blieben still, und in ähnlicher Haltung beweg

von den noch zu emittirenden Pfandbriefen, sondern es sind auch den Inhabern der schon emittirten Pfandbriefe die Vortheile dieses Haupspfandrechts zur Verfugung gestellt.

Die Deutsche Grunderedit-Bank steht unter unmittelbarer obligatorischer Staatsaufsicht und unterliegt der heute gesetzte Beschluss zunächst der landesherrlichen Genehmigung. Nach Erteilung derselben wird der Wortlaut des in Rede stehenden Statutenzuges veröffentlicht werden.

Wien, 27. Febr. [Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn] betragen in der Woche vom 15. bis 21. Februar 189,720 Fl., ergaben mit hin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 33,621 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Neumarkt-Braunau-Simbach 8,587 Fl., Mindereinnahme 639 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Salzburg-Hallein 1,462 Fl., Mehreinnahme 77 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Wien-Kaiserebersdorf 1,065 Fl., Mindereinnahme 912 Fl.

Wien, 27. Februar. [Wochen-Ausweis der gesammten Lombardischen Eisenbahnen] vom 12. bis zum 18. Februar 1,122,806 Fl. gegen 1,110,113 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mit hin Wocheneinnahme 12,693 Fl. Bissherige Mehr-Einnahme vom 1. Januar 1874 ab 185,501 Fl.

Berlin, 27. Februar. [Productenbericht.] Roggen ohne wesentliche Aenderung. Anfänglich matt, bei reichlichen Auerbietungen schliesst wieder etwas fester. Loco mäfiges Geschäft. — Roggennahl ein wenig fester. — Weizen fest für nahe Sichten, matt für die entfernten Termine. — Mühl wenig verändert. Nur nahe Lieferung etwas billiger. — Spiritus fest und etwas besser bezahlt.

Weizen loco 73—91 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber — Thlr. bez., feiner weißbunter poln. — Thlr. ab Bahn bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., pr. April-May 85%—85% — 85% Thlr. bez., pr. Mai-Juni 84%—84% — Thlr. bez., pr. Juni-Juli 84%—84% — Thlr. bez., pr. Juli-August 83%—83% — Thlr. bez., September-October 80%—80% — Thlr. bez., neue Urfance per April-May 84%—84% — Thlr. bez., Gefündigt — Einr. Kündigungspreis — Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 60—68 Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 60%—62 Thlr. bez., besserer russischer 62½—63½ Thlr. ab Bahn bez., exquisiter — Thlr. bez., polnischer — Thlr. bez., inländischer 65½—68½ Thlr. ab und frei Bahn bez., per Januar-Februar 62½—½% — Thlr. bez., pr. Februar-März 62½—½% — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., pr. Frühjahr 61½—½% — Thlr. bez., pr. Mai-Juni 60%—½% — Thlr. bez., pr. Juni-Juli 60%—½% — Thlr. bez., pr. Juli-August 58%—½% — Thlr. bez., pr. August-September — Thlr. bez., pr. September-October 57½—½% — Thlr. bez., Gefündigt 2000 Einr. Kündigungspreis 62½ Thlr. — Gerste loco 60—75 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 52—62 Thlr. nach Qualität gefordert, schlechter — Thlr. bez., böhmischer 59—61 Thlr., ostpreußischer 56—60½ Thlr., westpreußischer 56—60½ Thlr., galizischer — Thlr. bez., pommerischer 59—61 Thlr., udmärker — Thlr. ab Bahn bez., per Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. Frühjahr 58% Thlr. bez., pr. Mai-Juni 58% Thlr. bez., pr. Juni-Juli 58% Thlr. bez., pr. Juli-August 55% Thlr. bez., pr. August-September — Thlr. bez., Gefündigt — Einr. Kündigungspreis — Thlr. — Erbsen: Kochware 59—66 Thlr. bez., Futterware 53—58 Thlr. bez., Weizengemüse Nr. 0 pro 100 Kilo Br. übersteuert incl. Saat 11%—11% Thlr., Nr. 0 und 1 10%—10% Thlr. — Roggennahl Nr. 0 9%—9% Thlr., Nr. 0 und 1 9—9% Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. Januar-Februar 8 Thlr. 28—28½ Sgr. bez., Februar-März 8 Thlr. 28—28½ Sgr. bez., pr. März-April 8 Thlr. 28—28½ Sgr. bez., pr. April-May 9 Thlr. bis 9 Thlr. 1 Sgr. bez., Mai-Juni 9 Thlr. bis 9 Thlr. ½ Sgr. bez., pr. Juni-Juli 8 Thlr. 29 Sgr. bis 9 Thlr. bez., pr. Juli-August 8 Thlr. 27—28 Sgr. bez., pr. September-October 8 Thlr. 24 Sgr. bez., Gefündigt 500 Einr. Kündigungspreis 8 Thlr. 28 Sgr. — Rüböl per 100 Kilo netto loco ohne Saat 18% Thlr. bez., mit Saat 19 Thlr. bez., per Januar-Februar 19 Thlr. bez., pr. Februar-März 19 Thlr. bez., pr. März-April — Thlr. bez., pr. Frühjahr — Thlr. bez., pr. April-May 19—19% Thlr. bez., pr. Mai-Juni 19% — 19% Thlr. bez., pr. August-September — Thlr. bez., September-October 20—20% — 20% Thlr. bez., October-November 20%—20% Thlr. bez., Gefündigt 100 Einr. Kündigungspreis 19 Thlr. — Leinol loco 23½ Thlr. — Petroleum per 100 Kilo incl. Saat 10% Thlr. bez., pr. Januar-Februar 9% Thlr. bez., pr. Februar-März 9% Thlr. bez., pr. März-April — Thlr. bez., pr. April-May 9% Thlr. bez., Mai-Juni — Thlr. bez., pr. September-October 10% Thlr. bez. — Gefündigt — Barrels. Kündigungspreis — Thlr.

Spiritus pr. 10,000 p.Ct. loco „ohne Saat“ 21 Thlr. 22—28 Sgr. bez., mit Saat pr. Januar-Februar 22 Thlr. 3—4 Sgr. bez., pr. Februar-März — Thlr. — Sgr. bez., März-April — Thlr. — Sgr. bez., pr. April-May 22 Thlr. 8—12 Sgr. bez., pr. Mai-Juni 22 Thlr. 12—15 Sgr. bez., pr. Juni-Juli 22 Thlr. 24—26 Sgr. bez., pr. Juli-August 23 Thlr. 3—5 Sgr. bez., pr. August-September 23 Thlr. 6 Sgr. bez., pr. September-October — Thlr. — Sgr. bez., Gefündigt 30,000 Liter. Kündigungspreis 22 Thlr. 3 Sgr.

# Breslau, 28. Febr. 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Gefäßverkehr schleppend, bei schwachen Zufuhren und unveränderten Preisen. Weizen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. schlechter weißer 7% bis 8% Thlr., gelber 7½ bis 8½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. Roggen nur feine und trocken Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. 6% bis 6% Thlr., feinste Sorte 7% Thlr. bezahlt. Gerste preishaltend, pr. 100 Kilogr. 6½—6% Thlr., weiße 7% bis 7½ Thlr. bezahlt.

Hafer gut gefragt, pr. 100 Kilogr. 5% bis 6½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 5% bis 6½ Thlr.

Widen mehr offerirt, pr. 100 Kilogr. 5% bis 6 Thlr.

Lupinen mehr offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 5 bis 5½ Thlr., blaue 4½ bis 5% Thlr.

Bohnen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 6% bis 7% Thlr.

Mais mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 5% bis 6½ Thlr.

Delsaaten unverändert.

Schlaglein gut behauptet.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr. Sgr. Pf.

Schlag-Leinfaat.. 7 12 6 8 10 — 9 — —

Winter-Raps... 7 12 6 7 17 6 8 5 —

Winter-Rüben.. 7 7 6 7 15 — 7 27 6

Sommer-Rüben.. 7 2 6 7 15 — 8 —

Leindotter.... 6 25 — 7 2 6 7 15 —

Rapskuchen behauptet, schlechteste 71—74 Sgr. per 50 Kilogr.

Leinkuchen sehr fest, schlechteste 103—105 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat in rubiger Haltung, rothe matter, ordinäre 11½—12½ Thlr., mittlere 13½—15 Thlr., feine 15½—16 Thlr., hochfeine 16½—17 Thlr., pr. 50 Kilogr., weiße schwache Kaufkraft, ordinäre 12—13 Thlr., mittlere 14—16 Thlr., feine 17—19 Thlr., hochfeine 19½—21½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Thymuthie lebhaft gefragt, 10½—12 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr. pr. 5 Liter 3½—4 Sgr.

### Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Versailles, 27. Febr. Die Nationalversammlung nahm mehrere Ämendements in Erwägung, die darauf abzielen, einen Steuerzuschlag auf Zucker zu legen, lehnte die Pianosteuer ab und begann die Beurathung über die Glaswarensteuer.

Nangasaki, 27. Febr. Die Daimios und Samorais (Aldige) sind die Urheber der Insurrection im District Feyen. Zwischen den Truppen und den Aufständischen fand ein Gefecht statt. Das Resultat ist unbekannt. Die Fremden wurden gerettet.

[Ein Narren-Bischof verhaftet.] Aus Graz wird vom 18. d. M. geschrieben: „Gestern Abend wurde hier ein Bischof arretiert, und zwar am Narrenabend in der Punitigen Bierhalle. Der betreffende Narr hat es für zeitgemäß gehalten in der Maske der Erzbischofs Ledochowski zu erscheinen. Schon machte sich ein rothaariger „Nachwächter“ mit der Hellebarde auf, um den rentierten Prälaten in Gewahrsam zu nehmen, als die wirkliche Polizei ihm vor kam und ohne Scheu vor Krumstab, Inful und Fischerring, den Erzbischof in ihre Obhut nahm und aus dem Saal entführte. Die zahlreich versammelten „Narren“ blieben aber nicht lange ohne geistlichen Zuspruch; ein behäbiger, kreuzgeschmückter Domherz hieß eine ungenannte träftige Predigt, die dem fanatischesten Ultrantaneu Ehre gemacht hätte. Gegen den unglaublichen Darsteller des Erzbischofs soll jedoch, dem Berneben nach, sogar eine Untersuchung eingeleitet werden.“

### Berliner Börse vom 27. Februar 1874.

#### Wechsel-Course.

Amsterdam	230FL	10 T.	31	142½ b.
de. de.	2 M.	3½	141½ b.	
Augsburg	100 FL	2 M.	55	56,20 G.
Frankf.a.100FL	2 M.	3½	—	
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	4½	99% G.	
London 1 Lst.	3 M.	3½	6,21½ b.	
Paris 300 Frs.	8 T.	5	80½ b.	
Petersburg 100SR.	3 M.	6½	92½ b.	
Warschau 96 SR.	8 T.	6½	93½ b.	
Wien 150 Fl.	8 T.	5	90½ b.	
do. do.	2 M.	5	89½ b.	

#### Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	—	—	
Staats-Anl. consolid.	4½	103½ b.		
do. 4½ giga.	4	105½ b.	G.	
Staats-Schuldscheine	3½	92½ b.		
Präm.-Anleihe	1855	3½	123½ G.	
Berliner Stadtb.-Oblig.	8 T.	4½	102½ b.	
Pommersche	3½	101½ G.		
Posenische	3½	93½ b.	G.	
Schlesische	3½	94½ b.	G.	
Kar. u. Neumärk.	4½	88½ b.	G.	
Pommersche	4½	98½ b.	G.	
Posensche	4½	96½ b.	G.	
Preussische	4½	97½ b.	G.	
Westsl. u. Rhein.	4½	99 G.		
Sachsenische	4½	98½ G.		
Schlesische	4½	97½ G.		
Badische Präm.-Anl.	4½	114½ G.		
Eidrische 4½ Anleihe	4½	115½ b.		
Cöln-Mind. Prämisch.	3½	97 B.		

Kurh. 40 Thlr.-Loose 7½ B.  
Badische 35 FL-Loose 4½ B.  
Braunschw. Präm.-Anl. 22½ B.  
Oldenburger Loose 38½ B.

Lowitzdor — Dollars 1.11½ G.  
Sovereigns 22½ G. Frd. Bnk. 95½ b.  
Napoleons 5,11½ G. Ost. Bnk. 90 ½ b.  
Imperials — Russ. Bnk. 92½ b.

Eisenbahn - Stamm - Actionen.

David, pro	1872	1873	Zt.	
Aachen-Mastricht	1	4	35½ b.	G.
Berg.-Märkische	6	4	91½ b.	b.
Berlin-Anhalt	17	5	140½ b.	G.
do. Dresden	5	5	65 b.	
Berlin-Görlitz	3½	4	95 G.	
Berlin-Hamburg	12	4	169½ b.	G.
Berl. Nordbahn	5	5	28½ b.	G.
Berl.-Potsd. Magd.	8	4	110½ b.	b.
Berlin-Stettin	12½	5	156 b.	G.
Böhnm. Westbahn	5	5	96 b.	b.
Breslau-Freib.	7½	4	101 B.	
do. neue	5	5	96½ b.	
Cöln-Minden	97½	5	132½ b.	b.
do. neue	5	5	111½ G.	
Cuxhav. Eisenb.	6	4	4	
Böhm.-Bodenbach	5	5	52½ b.	G.
Gal. Carl-Ludw.	7	5	164½ b.	G.
Halle-Sorau-Gub.	0	0	48½ b.	b.
Hannover-Altenb.	5	0	45½ b.	b.
Kaschau-Oderbr.	5	5	61½ b.	G.
Kronpr.Rudolph.	5	5	71½ b.	G.
Ludwigsh.-Exch.	11	5	179½ b.	G.
Härk.-Posener	0	0	46½ b.	G